

Bendheim, Erich

Article

Was geht in Venezuela vor?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bendheim, Erich (1961) : Was geht in Venezuela vor?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 41, Iss. 2, pp. 91-92

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/133087>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

sondern nur noch von der „legalen“ Regierung Souvanna Phouma. Souvanna Phouma hält sich nach wie vor in Pnom Pheng, der Hauptstadt von Kambodscha, auf. Er ist weder dem Ruf der Kommunisten noch dem Ruf des Generals Phoumi Nosavan aus Vientiane gefolgt, nach Laos zurückzukehren. Die Kommunisten haben nie eine Begründung für die Flucht Souvanna Phoumas nach Kambodscha angegeben, und sie bezeichnen ihn weiter als Regierungschef von Laos, damit sie vorgeben können, keine kommunistische Durchdringung, sondern nur eine politische und militärische Neutralisierung des Königreichs Laos anstreben zu wollen. Und indem sie eine Regierung Souvanna Phouma als „legal“ qualifizieren, sprechen sie dem Prinzen Boun Oum in Vientiane nicht nur die Qualität eines Ministerpräsidenten von Laos ab, sondern hoffen auch zu verhindern, daß dieser Ministerpräsident und sein Stellvertreter, eben der General Phoumi Nosavan, irgendwie in nationale oder internationale Verhandlungen eingeschaltet werden. Sicher wissen die Kommunisten, daß die Amerikaner und die SEATO das Feld Laos niemals kampflos den Kommunisten räumen würden, wenn es sich um den Totalverlust des Territoriums von Laos handeln würde. Da die Chinesen eher auf eine radikale Entscheidung ausgehen würden, haben sich die Russen die Führung der östlichen Politik vorbehalten, und sie würden wahrscheinlich auf einen Kompromiß — wenn auch gegenüber dem Genfer Kompromiß verbessert — eingehen. Dafür haben England und Indien schon sehr früh eine Möglichkeit gesehen und deshalb abgeraten, nun von westlicher Seite eine rein militärische Entscheidung zu suchen.

Die Gefahr einer Teilung

Nach dem Regierungswechsel in den USA ist auch Washington auf diese Ratschläge eingegangen. Das bedeutet praktisch, daß sich die beiden Hauptmächte der Möglichkeit einer Neutralisierung von Laos nähern könnten, auch wenn das — den gegebenen Umständen nach — die Teilung eines weiteren Landes bedeuten würde. Denn es ist nicht vorstellbar, daß die Kommunisten noch einmal ein Abkommen schließen, das ihnen

die Verfügungsgewalt über die im Laufe des seit dem August vorigen Jahres tobenden Bürgerkrieges gehaltenen oder besetzten Landesteile nehmen würde.

Die erste Etappe, die erstrebt werden sollte, ist ein Waffenstillstand. Dafür ist die Wiedereinsetzung der Kontrollkommission vorgeschlagen worden, wie sie von der Genfer Konferenz berufen worden war und an der Indien, Polen und Kanada beteiligt waren. Als zweiten Schritt hat Prinz Sihanouk von Kambodscha, bei dem Souvanna Phouma Gastrecht genießt, eine große Laos-Konferenz vorgeschlagen, an der einmal alle an der Genfer Asien-Konferenz von 1954 beteiligten Regierungen teilnehmen sollten, auch diejenigen, die die Unterschrift unter die Genfer Abkommen verweigerten, also die USA und Südvietnam, dann die Mitgliedstaaten der Kontrollkommission, also Indien, Polen und Kanada, und schließlich die Nachbarn Thailand und Burma. Das Ziel einer Laos-Konferenz könnte nur die Bildung einer Koalitionsregierung sein, und dabei würden die kommunistischen Staaten auf Beteiligung etwa des Roten Prinzen drängen, die neutralistischen Nachbarn Souvanna Phouma als Regierungschef empfehlen, die antikommunistischen Regierungen aber auf Mitwirkung des Generals Phoumi Nosavan drängen.

Eine solche Kombination könnte nur unter Druck zustande kommen. Ob sie von Dauer wäre, vermag niemand zu sagen. Auf jeden Fall wäre Laos ein nur äußerlich zusammengehaltener Staat, in dem verschiedene Elemente geographisch verteilte Machtbasen hätten. Offenbar scheuen sich aber die Großmächte, die Cliques und Clans in Laos allein über Krieg und Frieden in der Welt entscheiden zu lassen. Diese Cliques und Clans sind vorgeschobene Posten, die ihr Terrain nicht völlig verlieren sollen, damit der Gegenseite nicht leichtfertig Vorteile eingeräumt werden. Ihnen zu helfen, bedeutet aber nicht, daß die Großmächte oder gar die beiden Weltmächte selbst in Laos auf den Plan treten wollen. Das hat Moskau zu erkennen gegeben, schon als es Peking in den zweiten Rang stellte. Und das deutet auch Washington an, allerdings mit der zusätzlichen Absicht, bei der Affäre Laos den guten Willen der Sowjets zu testen.

Was geht in Venezuela vor?

Erich Bendheim, New York

Blutige Unruhen in Caracas und weitgehende Divergenzen im Gremium des Kabinetts führten im November 1960 die Auflösung der Regierungskoalition herbei, die aus den drei führenden Parteien, der Accion Democratica, der Copey und der URD (Union Republicana Democratica), bestanden hatte. In der Tat hätte der am 7. Dezember 1958 gewählte venezolanische Präsident, Romulo Betancourt, der herrschenden politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit schon lange ein Ende bereiten müssen, zumal die linksgerichtete URD stets bestrebt gewesen war, die Planun-

gen des Staatsoberhauptes zu durchkreuzen. Gleichzeitig mit dem Austritt der URD aus der Regierung erfolgte die Abspaltung des linken Flügels der Regierungspartei, Accion Democratica, der unter der Bezeichnung MIR (Movimiento de Izquierda Revolucionaria) ebenfalls zur Opposition überging.

Gefährliche Kredit- und Devisenpolitik

Der bis zum November 1960 im Amt befindliche Finanzminister der Koalitionsregierung hatte mit der von ihm verfolgten Politik der Kreditbeschränkungen

und Devisenkontrollvoraussagen der in ihren Grundlagen gesunden Wirtschaft Venezuelas schweren Schaden zugefügt. Als Folgeerscheinung wurden nicht nur Anlagekapitalien des Auslands repatriiert, da das Investitionsklima des Landes nicht mehr für günstig angesehen wurde, sondern darüber hinaus war das einheimische Kapital bemüht, außerhalb Venezuelas Anlage zu suchen. Hieraus resultierte ein starkes Absinken der Depositen bei den Handelsbanken, während sie andererseits mit Anleiheersuchen überflutet wurden, ohne daß Gewähr dafür bestand, daß die Kredite zurückgezahlt werden würden. Innerhalb eines Jahres schrumpften die Devisenbestände des Zentralbankinstituts von 1,4 Mrd. \$ auf 420 Mill. \$. Romulo Betancourt versuchte, der kontinuierlichen politischen Ungewißheit, die bereits nach der Absetzung des korrupten Präsidenten Perez Jimenez und während der temporären Herrschaft der Militärjunta unter Führung von Admiral W. Larrazabal zutage trat, ein Ende zu bereiten, und ernannte nach dem Abfall der URD und MIR einen neuen Finanzminister, den noch jugendlichen Dr. Tomas Enrique Carillo Batalla, den vormaligen Präsidenten der Banca Republica, der als ein unabhängiger Politiker gilt. Die Kreditrestriktionspolitik wurde aufgegeben und die Devisenkontrolle im November 1960 eingeführt.

Das neue Wirtschaftsprogramm

Das neue Wirtschaftsprogramm des Finanzministers besitzt günstige Aspekte, wenn auch befürchtet wird, daß aus den Ausgabeplanungen inflationistische Tendenzen resultieren könnten, die dann schwer aufzuhalten wären. Die Devisenbestände haben sich bis dato auf rund 500 Mill. \$ verbessert. Eine im Prinzip bewilligte Anleihe des Internationalen Währungsfonds in Höhe von 150 Mill. \$, die der Überbrückung der internen Verschuldung Venezuelas dienen sollte, war nicht zur Auszahlung gelangt, da an sie Reformbedingungen geknüpft worden waren, die von der Regierung nicht erfüllt werden konnten. Die Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfond sollten wieder aufgenommen werden. Wie jedoch jetzt in Erfahrung gebracht wurde, hat die venezolanische Regierung den Antrag auf den schwebenden Kredit des Internationalen Währungsfonds zurückgezogen. Statt dessen soll Venezuela eine Anleihe in Höhe von 50 Mill. \$ mit einer Laufzeit von fünf Jahren von der Export-Import-Bank erhalten. Dieser Kredit würde in erster Linie dazu dienen, Industrieanlagen und öffentliche Arbeiten zu finanzieren. Der Abschluß eines Anleihevertrages muß von dem venezolanischen Kongreß genehmigt werden. In der Zwischenzeit strebt die venezolanische Regierung, die Importbeschränkungen für alkoholische Getränke, Kraftwagen und Luxusartikel verfügt hat, nach der Errichtung von Eigenindustrien, um das Land nach Möglichkeit selbstgenügsam zu machen. Auf diese Weise wird ausländisches Kapital einen Anreiz erhalten, da es sich um die

Anm.: Diese Studie wurde Mitte Februar geschrieben. Die durch den Militärputsch vom 20. Februar geschaffene Situation konnte noch nicht berücksichtigt werden.

Alternative handelt, entweder des günstigen venezolanischen Marktes verlustig zu gehen oder sich an neuen Industrien des Landes finanziell und administrativ zu beteiligen.

Die Beziehungen zu Kuba

Nach dem Ausscheiden der URD und der Abspaltung des linken Flügels der Regierungspartei, der MIR, steht Betancourt insofern auf schwachen Füßen, als er sich nur noch auf die Reste der Accion Democratica und auf die den Mittelweg beschreitende Copey-Partei stützen kann. Allerdings steht zur Zeit das Heer hinter dem Präsidenten. In seiner Haltung gegenüber der Castro-Regierung in Kuba hat der Präsident im allgemeinen die Formel Kolumbiens angenommen. Gegenwärtig bestehen keine diplomatischen Beziehungen zwischen Venezuela und Kuba, ohne daß diese offiziell abgebrochen wurden. Der kubanische Botschafter, der Mitte 1960 zu Konsultationen nach Havanna berufen worden war, ist nicht nach Caracas zurückgekehrt, während Betancourts eigener Botschafter Havanna im November 1960 verlassen hatte. Es besteht jedoch noch ein anderer Aspekt in Venezuelas Politik gegenüber Castro: die Dominikanische Republik. Es verlautet, daß Betancourt bereit ist, einen völligen Abbruch der Beziehungen zu Castro vorzunehmen, aber nur dann, wenn zuerst sein Erzfeind, Rafael Trujillo, gestürzt ist. Die Castro-Regierung plant jedenfalls als ihre vornehmlichste Aufgabe, in allen lateinamerikanischen Republiken eine Umsturz-bewegung vorzubereiten. Kubas revolutionäres Kabinett hat alle kommunistischen Parteien in Zentral- und Lateinamerika davon in Kenntnis gesetzt, daß sie wirtschaftliche und militärische Hilfeleistung erwarten könnten, wenn sie in der Lage wären, die bestehenden Regierungen zu stürzen. Wie ernst es Fidel Castro mit seinem Anerbieten ist, wird durch die Tatsache beleuchtet, daß die Regierung Kubas einer Gruppe innerhalb der URD-Partei Venezuelas einen Betrag von über 100 000 \$ zur Verfügung gestellt hatte, um die Unruhen, die im Oktober und November 1960 in Caracas stattfanden, zu inszenieren.

In Kreisen des US-Department of State wird die Auffassung vertreten, daß ein großer Teil der venezolanischen Bevölkerung pro-Castro gesinnt ist, was die dortige Regierung veranlaßt, zunächst von einer offenen Kampfansage an Kuba Abstand zu nehmen. Von anderer Seite wird jedoch betont, daß Castros Popularität in Venezuela nachgelassen habe. Wie dem auch sei, wird nicht angenommen, daß die linksgerichtete Bewegung schon jetzt stark genug ist, um Präsident Betancourt zu stürzen. Wenn eine derartige Aktion in naher Zukunft zu erwarten sei, würde sie eher von der Militärjunta ausgehen, die zur Zeit offiziell hinter der Regierung steht. Auf lange Sicht aber und für den Fall, daß es der Regierung Betancourts nicht gelingen sollte, die wirtschaftliche und politische Unsicherheit des Landes zu überwinden, stellt der Einfluß Kubas eine nicht zu unterschätzende Gefahr dar.

Buchbesprechungen

Karl Kühne: „Funktionsfähige Konkurrenz. Monopolistische Restriktion und Wettbewerbsproblem in der modernen Wirtschaft“. Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 39, Duncker & Humblot, Berlin 1958, 282 S.

Im deutschsprachigen Schrifttum hat die Frage nach der „funktionsfähigen Konkurrenz“, die das zentrale Wettbewerbsproblem der modernen Marktwirtschaft darstellt, im Vergleich zu den umfangreichen Diskussionen über die Kartellpolitik und die Preisbindung der zweiten Hand nur eine verhältnismäßig geringe Beachtung gefunden. Mit einem gewissen Recht läßt sich sogar sagen, daß die Orientierung am abstrakten Konkurrenzmodell die Entwicklung eines wirtschaftspolitisch praktikablen Wettbewerbsbegriffes weitgehend verzögert hat. Die Untersuchung des Autors stellt daher einen ebenso dankenswerten wie instruktiven Beitrag zur Überwindung der überkommenen, ausschließlich modelltheoretischen Betrachtungsweise des Wettbewerbsproblems dar.

In Anlehnung an die in der angelsächsischen Literatur bereits seit Jahrzehnten entwickelte und ständig weiter ausgebauten Oligopoltheorie und den aus diesen Erörterungen hervorgegangenen Begriff der „workable competition“ hat der Autor es sich zur Aufgabe gestellt, auf der Grundlage einer Analyse der Unvollkommenheiten, durch die sich die Realität des Wettbewerbs in der heutigen Wirtschaft auszeichnet, Kriterien für eine Konzeption der funktionsfähigen Konkurrenz herauszuarbeiten. Damit ist gleichzeitig das Bestreben verbunden, Theorie und aktuelle wirtschaftspolitische Fragestellung miteinander zu verbinden.

Ausgangspunkt ist dabei die doppelte Fragestellung, ob „im Rahmen der ökonomischen Struktur der Gegenwart noch die Voraussetzungen . . . für eine Konzeption der ‚idealen Konkurrenz‘, die auch praktisch realisierbar wäre“, gegeben und inwieweit „in der modernen Wirtschaft Ansätze für einen funktionsfähigen Wettbewerb, der ein größtmögliches Maß volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit verbürgt“, vorhanden sind. Zur Beantwortung dieser Frage analysiert der Autor im wesentlichen drei Problemkreise, „in denen eine Störung des Marktmechanismus durch Elemente der ‚Unvollkommenheit‘ oder der ‚Unvollständigkeit‘ des Wettbewerbs in Erschei-

nung“ treten, nämlich den klassischen Monopolbereich, die monopolistische Konkurrenz und den Bereich der oligopolistischen Strukturen. Bei diesen überwiegend theoretischen Betrachtungen kommt es dem Verfasser vor allem darauf an, die restriktiven Auswirkungen dieser Fälle auf die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit von verschiedenen Ansatzpunkten her darzustellen und die jeweils mehr oder weniger vorhandenen Wettbewerbselemente aufzuspüren.

Der daran anknüpfende Vergleich der so gewonnenen Ergebnisse mit der Leistungsfähigkeit des Wettbewerbs bildet dann im weiteren die eigentliche Grundlage für die Konzeption der funktionsfähigen Konkurrenz. Als entscheidendes Kriterium verwendet der Autor auch bei dieser Gegenüberstellung den Begriff der Restriktion. Makroökonomisch ist sie für ihn dann gegeben, wenn „eine Vollaussnutzung der Produktivkräfte im Rahmen einer Ausweitung der Branchenproduktivkräfte bis zum Branchenmaximum hin auf lange Sicht“ nicht erreicht wird (gemeint ist offenbar das langfristige Branchenoptimum). Der Autor beschränkt seine Darstellung weitgehend auf den mikroökonomischen Bereich, d. h. auf die Untersuchung jener Restriktionen, die „in der Depression oder beim Vorwalten kurzfristig-monopolistischer Tendenzen . . . in der Ausnutzung der gegebenen einzel- und branchenwirtschaftlichen Produktivität eintreten“ und ihren Niederschlag vornehmlich in den Formen des Preis-, Qualitäts-, Dienstleistungs- und Reklamewettbewerbs finden.

Nach eingehenden und literarisch ausgezeichnet fundierten Betrachtungen der verschiedenen Marktformen und vor allem der realen Erscheinungen des Wettbewerbs und der Wettbewerbsbeschränkungen, in die auch die dynamischen Probleme des technischen Fortschritts sowie der Konjunkturschwankungen einbezogen werden, stellt der Verfasser zunächst den im angelsächsischen Sprachbereich von J. M. Clark, C. D. Edwards und anderen entwickelten Begriff der „workable competition“ dar. Daran anknüpfend versucht er dann, die „Voraussetzungen und Möglichkeiten einer funktionsfähigen Konkurrenz“ aufzuzeigen. Einmal erhebt sich dabei die Frage nach den Bedingungen, unter denen in der „Großgruppe“, d. h. in der unvollkommenen Konkurrenz, ein Bereinigungsprozeß zur Überwindung des diese Gruppe kennzeich-

nenden Übersetzungsproblems erfolgen kann. Zum andern stellt sich die Frage, ob in der „Kleingruppe“, die den ganzen Komplex der Oligopolprobleme umfaßt, eine funktionsfähige Konkurrenz überhaupt realisierbar wäre und wie sie aussehen würde.

Um die negativen Auswirkungen der unvollkommenen Konkurrenz aufzuheben, besteht nach Meinung des Autors die wichtigste Voraussetzung für die Verwirklichung und Sicherung einer funktionsfähigen Konkurrenz in der Offenhaltung des Marktes. Ein Bereinigungsprozeß wäre dabei um so eher möglich, „je stärker sich die Kostenkurven der einzelnen Anbieter voneinander unterscheiden“. Beim Oligopol, mit dem im Gegensatz zur „Großgruppe“ die Gefahr einer zu raschen und zu starken „Bereinigung“ verbunden ist, richtet der Verfasser seine Hoffnung hinsichtlich der Realisierung eines funktionsfähigen Wettbewerbs auf das seiner Meinung nach auch hier bestehende Leistungsgefälle. Diese Hoffnung ist jedoch offenbar nicht sehr ausgeprägt, denn als weitere Voraussetzung für eine solche Funktionsfähigkeit erscheint ihm „eine Kombination staatlicher Antitrust- und Kreditpolitik mit den ‚gesunden‘ Kräften in der Wirtschaft selbst unerlässlich“.

Aus einer zusammenfassenden Gegenüberstellung aller möglichen Formen von Restriktionen bei der Ausnutzung gegebener und potentieller Produktivkräfte einerseits und der Faktoren der antirestriktiven Gegenwirkung andererseits leitet der Autor schließlich im letzten Kapitel seiner Studie die sich für die Wirtschaftspolitik ergebenden Konsequenzen ab. Er unterscheidet hier: 1. Maßnahmen zur „Steigerung der Leistungsunterschiede in ‚kranken‘ Gewerbebranchen“; 2. Einsatz von Mitteln „gegen nicht leistungsbedingte Geltendmachung überlegener Finanzmacht“; 3. Förderung solcher Wirtschaftsbereiche, „die annähernd gemeinwirtschaftlichen Prinzipien folgen“; 4. Förderung der „Markttransparenz“; 5. Entwicklung einer wirksamen Antimonopol- und Kartellpolitik; 6. „organische Einordnung (der vorstehenden Maßnahmen) in den Gesamtzusammenhang der Wirtschaftspolitik, insbesondere im Hinblick auf die Konjunktur- und Beschäftigungslage“.

Wenn es auch unmöglich ist, an dieser Stelle auf die zahlreichen Ergebnisse näher einzugehen, zu denen der Verfasser in seiner

kenntnisreichen Untersuchung gelangt, so kann doch mit Recht gesagt werden, daß die von ihm vorgelegte ausgezeichnete Arbeit nicht nur eine Lücke im deutschsprachigen Schrifttum schließt — vor allem wegen der ungemein gründlichen Verarbeitung der angelsächsischen Literatur —, sondern darüber hinaus auch eine Fülle von interessanten Ansatzpunkten zu fruchtbarer Diskussion bietet.

Prof. Dr. Egon Tuchtfeldt

Walter Hesberg: „Die Freihandelszone als Mittel der Integrationspolitik“. *Fritz Knapp Verlag, Frankfurt am Main 1960, 190 S.*

Bei der Diskussion über den Brückenschlag spielt seit mehr als 4 Jahren die Frage der Gründung einer Europäischen Freihandelszone eine sehr wichtige Rolle. Das Buch von Hesberg untersucht den Begriff der Freihandelszone, wie er vom GATT geprägt wurde, und läßt die Freihandelszonenprojekte aus der Zeit vor dem GATT in ihrer Realisierung Revue passieren. Lateinamerikanische Freihandelszonenprojekte und die Vorschläge zur Bildung einer Europäischen Freihandelszone werden dabei dargestellt. Dabei ist es besonders wichtig, daß der Verfasser herausstellt, aus welchen Gründen die Verhandlungen zur Bildung einer Europäischen Freihandelszone an wirtschaftspolitischen Erwägungen bisher gescheitert sind. Obwohl die Verhandlungen über eine Freihandelszone zur Zeit nicht mehr aktuell sind (der „Abschied von der Freihandelszone“ [Dr. Roland Kuhn] scheint unwiderruflich), ist die historische und analytische Darstellung der Freihandelszone in ihren verschiedenen Erscheinungsformen auch im gegenwärtigen Zeitpunkt besonders wichtig, weil sie klarmacht, daß es sich bei der Freihandelszone nicht etwa um ein geschlossenes Gebilde, sondern daß es sich um eine Form der Integration handelt, die einerseits weiten Spielraum läßt und andererseits die Möglichkeiten einer engeren Integration in sich birgt.

Bemerkenswert sind folgende Ergebnisse dieses Buches, das m. E. als erstes eine wissenschaftliche Veröffentlichung über die Freihandelszone darstellt: Die Freihandelszone ist ein viel schwierigeres Integrationsgebilde als die Zollunion. Sie führt in keinem Fall zu einem echten Freihandelszonengebiet, da die völlige Beseitigung der Binnenzollgrenzen erst dann möglich ist, wenn die Außenzölle gänzlich harmonisiert sind. Diesem Nachteil steht die Eigenschaft der Freihandelszone gegenüber, von den Mitgliedsregierungen weniger Sou-

veränitätsverzicht zu fordern als bei Zollunion und Wirtschaftsunion. Positiv ist schließlich noch, daß die Freihandelszone die Möglichkeit bietet, mit dem Abbau der Handelshemmnisse fortzuschreiten, wo man bei den bisherigen GATT-Verhandlungen an einem Endpunkt angelangt war.

Dr. Heinz Commer

Erwin Schumacher: „Indonesien heute“. *Nest-Verlag Frankfurt/Main 1960, 233 S.*

„Hand aufs Herz! Was wissen Sie von Indonesien?“ — So fragt der Autor zu Beginn seines Vorworts den Leser. Und er bringt gleich ein Beispiel für die erschreckend weitreichende Unwissenheit in Deutschland über Indonesien — selbst bei einem nicht unbekanntem Politiker von heute.

Diese Unwissenheit über die wirtschaftliche, kulturelle, politische und militärische Situation des großen Inselreiches mit seinen über 90 Mill. Einwohnern in Wissen zu verwandeln, ist die Zielsetzung dieses Buches. Es soll ferner dazu beitragen, die bereits traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen Indonesien und Deutschland vertiefen zu helfen. Deutschland genießt angeblich in Indonesien besondere Achtung — vor allem wohl deshalb, weil wir nicht mit dem Makel des Kolonialismus behaftet sind.

So ist auch vieles in der neueren Entwicklung Indonesiens — vor allem seit Erringen der Unabhängigkeit — nur aus dem ehemaligen kolonialen Status und der damit verbundenen Einstellung zu den einstigen Kolonialherren — den Niederlanden — zu verstehen. Der Verfasser entschuldigt sich gleich im voraus für alle Kritik an den Holländern und ihren Kolonialmethoden, die in diesem Buch zur Sprache kommt.

Es sollte nichts unterlassen werden — gänzlich unpolemisch, aber auch ohne Verschönerung —, Mißstände ehemaliger und noch heutiger Kolonialmächte aufzuzeigen, mögen sie nun im Lager des Westens oder des Ostens stehen.

Die anfangs genannte Zielsetzung des Buches kann natürlich nur bis zu einem gewissen Grade verwirklicht werden, da vieles nur angedeutet werden kann und einer ausführlichen Behandlung vorbehalten bleiben muß. Aus diesem Grund kann das Buch nicht in allen Teilen erschöpfend sein. Die Aufgabe, Indonesien in einem Buch darzustellen, dürfte wohl auch zu groß sein.

Vielleicht wäre es deshalb besser gewesen, das Werk etwas mehr zu straffen und auf wesentlichere

Dinge auszurichten. So ist z. B. für den unbefangenen Leser, der sich allgemein über Indonesien informieren will, der Abschnitt über „Indonesische Namen und Titel“ — man merkt hier gleich Spezialkenntnisse des Verfassers — etwas umfangreich geworden. Dagegen enthält z. B. „Die Wirtschaft der Republik Indonesiens“ mehr Fakten der vergangenen Jahre als Hinweise auf Ausbau und Entwicklungsmöglichkeiten, was vor allem Deutschland als Handelspartner interessiert. Andererseits könnte man dem entgegenstellen, daß solche Hinweise besonderer Untersuchungen bedürfen.

Es ist jedenfalls anzuerkennen, mit welcher Ausführlichkeit und Verständlichkeit der Verfasser die politisch-historische Entwicklung des 20. Jahrhunderts darstellt und Präsident Sukarnos Beispiel der „gelenkten Demokratie“ als einzig praktische Lösung ableitet, die vielfach im Westen als erster Schritt auf dem Wege zum Kommunismus mißdeutet wurde.

Im Anhang ist die Verfassung Indonesiens von 1945 abgedruckt, eine Reihe Schwarz-Weiß-Photos erhöht die Anschaulichkeit des Buches. Dagegen ist das Inhaltsverzeichnis aus ungeklärten Gründen unvollständig geblieben, da die letzten beiden Kapitel nicht darin enthalten sind. Alles in allem ist es jedoch ein lesenswertes Buch, das jedem empfohlen werden kann, der seine Kenntnisse der „Entwicklungsgebiete“ erweitern und vertiefen möchte. *Dr. A. Rommel*

Dr. Fritz Roepke: „Deutsch-Französisches Glossarium finanzieller und wirtschaftlicher Fachausdrücke“. *3. stark erweiterte Auflage, Fritz Knapp Verlag, Frankfurt/M. 1959, 424 S.*

Dieses Glossarium finanzieller und wirtschaftlicher Fachausdrücke unterscheidet sich von den üblichen Wörterbüchern dadurch, daß es die Fachausdrücke aufnimmt, die in jüngster Zeit durch Gesetzgebung, wirtschaftliche Organisationen sowie nationale und internationale Einrichtungen entstanden sind. Besonders zweckmäßig ist die Darstellung neuer Wortbildungen im Satzzusammenhang, um ihre Anwendungsmöglichkeiten zu zeigen. Die Suche nach dem genauen finanziellen oder wirtschaftlichen Fachausdruck wird dem Benutzer dadurch sehr erleichtert. Einen großen Teil der neuen Fachausdrücke, die ein Übersetzer oder Leser wirtschaftlicher Texte unbedingt benötigt, sind in diesem Glossarium zu finden. Auch ein erfahrener Übersetzer wird feststellen können, daß ihm seine Arbeit durch dieses Fachwörterbuch sehr erleichtert wird. *H. H.*